

XXIV. GP.-NR
8689 /AB

11. Aug. 2011

zu 8871 /J

(5-fach)

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1010 Wien



bmask

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

RUDOLF HUNDSTORFER
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel.: +43 1 711 00 - 0

Fax: +43 1 711 00 - 2156

rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at

www.bmask.gv.at

DVR: 001 7001

GZ: BMASK-431.004/0037-VI/S/6/2011

Wien, - 9. AUG. 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage**
Nr. 8871/J der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen wie folgt:

Fragen 1 und 2:

Folgende Anzahl an Arbeitnehmer/innen hat in den jeweiligen Jahren eine erste Zahlung erhalten, was nachstehender Anzahl an insolventen Unternehmen entspricht:

Jahr	BUNDESLAND	Firmen	Antragsteller
2006	Ausländische Insolvenzen	35	147
	Burgenland	154	1.185
	Kärnten	298	1.974
	Niederösterreich	755	5.662
	Oberösterreich	555	4.265
	Salzburg	287	1.913
	Steiermark	504	4.103
	Tirol	293	1.294
	Vorarlberg	138	899
	Wien	1.379	11.939
	Gesamt	4.398	33.381

2007	Ausländische Insolvenzen	32	58
	Burgenland	134	895
	Kärnten	287	1.726
	Niederösterreich	755	4.947
	Oberösterreich	515	3.767
	Salzburg	224	1.729
	Steiermark	535	3.095
	Tirol	294	1.537
	Vorarlberg	119	1.103
	Wien	1.278	9.651
	Gesamt	4.173	28.508
2008	Ausländische Insolvenzen	23	39
	Burgenland	113	661
	Kärnten	310	1.668
	Niederösterreich	658	5.281
	Oberösterreich	474	3.878
	Salzburg	241	1.170
	Steiermark	528	3.076
	Tirol	255	1.485
	Vorarlberg	132	1.017
	Wien	1.184	7.915
	Gesamt	3.918	26.190
2009	Ausländische Insolvenzen	37	200
	Burgenland	126	983
	Kärnten	350	2.578
	Niederösterreich	738	6.024
	Oberösterreich	604	7.019
	Salzburg	237	1.682
	Steiermark	593	4.524
	Tirol	304	2.100
	Vorarlberg	125	862
	Wien	1.130	7.986
	Gesamt	4.244	33.958

2010	Ausländische Insolvenzen	39	274
	Burgenland	131	956
	Kärnten	320	2.149
	Niederösterreich	669	4.108
	Oberösterreich	544	4.565
	Salzburg	261	2.286
	Steiermark	610	5.066
	Tirol	277	1.794
	Vorarlberg	120	626
	Wien	1.129	7.357
	Gesamt	4.100	29.181
1. HJ 2011	Ausländische Insolvenzen	27	78
	Burgenland	64	534
	Kärnten	168	893
	Niederösterreich	341	2.140
	Oberösterreich	295	2.303
	Salzburg	129	616
	Steiermark	305	1.963
	Tirol	147	831
	Vorarlberg	66	371
	Wien	613	3.536
	Gesamt	2.155	13.265

Frage 3:

Verwiesen wird auf die Beilagen (Auszahlungen an DN 2006 bis 2010), die detailliert die Auszahlungen pro Geschäftsstelle - gegliedert nach insolvenzrechtlicher Forderungsqualifikation - auflistet. Bei den Auszahlungen an Arbeitnehmer/innen handelt es sich um arbeitsrechtliche Ansprüche, die diese Arbeitnehmer/innen während der Tätigkeit für den insolventen Betrieb erworben haben. Das Ausmaß der Sicherung dieser arbeitsrechtlichen Ansprüche ist im IESG geregelt.

Zum Überblick hier die Gesamtauszahlungen an Insolvenzentgelt in den genannten Jahren¹:

Jahr	Summe ausbezahltes Insolvenzentgelt in Mio €
2006	243,11
2007	207,91
2008	207,93
2009	277,47
2010	257,68
bis inkl. 5/2011	88,81

¹ Die detaillierte Aufgliederung wie in der genannten Beilage erfolgt im Rahmen der Bilanzerstellung und steht daher für die bisherigen Auszahlungen im Jahr 2011 noch nicht zur Verfügung.

Fragen 4 und 5:

Dass ein/e Antragsteller/in mehrfach Insolvenz-Entgelt/IEG erhalten kann, da er/sie bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt war, die insolvent wurden, ist möglich und sowohl europarechtlich („EU-Insolvenz-Richtlinie“, 2008/94/EG) als auch nach dem österreichischen Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz/IESG (Stammgesetz BGBl. Nr. 324/1977) zulässig und auch geboten.

Deshalb erfolgt – nicht zuletzt auch zur Vermeidung überbordender Administration – keine Erfassung solcher Fälle.

Im IESG selbst wird ausgeschlossen, dass ein/e Antragsteller/in für dieselben Zeiträume IEG für Abfertigung erhalten kann.

Ist ein/e Antragsteller/in im ursächlichen Zusammenhang mit der Insolvenz seines/ihrer Arbeitgebers wegen bestimmter Straftatbestände (zB wegen schweren Betruges nach § 147 StGB) rechtskräftig verurteilt worden, verliert diese/r den Anspruch auf IEG bzw. hat ihn zurückzuzahlen.

Frage 6:

In der folgenden Anzahl an Insolvenzfällen besteht der Verdacht einer betrügerischen Absicht.

Jahr	Firmen	%-Anteil an Gesamtinsolvenzen
2006	62	1,41
2007	92	2,20
2008	108	2,76
2009	115	2,71
2010	77	1,88
1. HJ 2011	55	2,55

Frage 7:

In wie vielen Fällen ein Nachweis einer derartigen betrügerischen Absicht besteht, ist der IEF-Service GmbH nicht bekannt, weil dies für die Beurteilung der Ansprüche der Arbeitnehmer/innen auf IEG nicht relevant ist (vgl. oben zu den Fragen 4 und 5) und eine entsprechende Beurteilung nicht zu den Aufgaben der IEF-Service GmbH, sondern der Gerichte in Strafsachen zählt.

Frage 8:

Gemäß Artikel 9 der unter Punkt 4 erwähnten Richtlinie ist für die Befriedigung der nicht erfüllten Arbeitnehmeransprüche die Einrichtung desjenigen Mitgliedstaats zu-

ständig, in dessen Hoheitsgebiet die betreffenden Arbeitnehmer ihre Arbeit gewöhnlich verrichten oder verrichtet haben. Daher haben alle Arbeitnehmer/innen, die in Österreich beschäftigt sind, Anspruch auf IEG, auch wenn die Insolvenz über ihren Arbeitgeber in einem anderen Staat eröffnet wurde.

Fragen 9 und 10:

Folgende Anzahl an Arbeitnehmer/innen hat auf Grund einer ausländischen Insolvenz in den jeweiligen Jahren eine erste Zahlung an IEG erhalten. Dies entspricht der nachstehenden Anzahl an insolventen Unternehmen.

Jahr	Firmen	Antragsteller
2006	35	147
2007	32	58
2008	23	39
2009	37	200
2010	39	274
1. HJ 2011	27	78

Frage 11:

An in Österreich beschäftigte Arbeitnehmer/innen, die von einer nicht in Österreich eröffneten Insolvenz betroffen waren, wurden in den jeweiligen Jahren folgende Beträge zuerkannt.

Jahr	zuerkannte Beträge in €
2006	796.164,18
2007	823.529,00
2008	316.451,00
2009	1.421.247,00
2010	2.456.764,00
1. HJ 2011	1.274.258,00

Frage 12:

Neben den Ausgaben für Insolvenzentgelt hat der Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) weitere, gesetzlich im IESG geregelte Ausgaben zu tätigen:

- Nach § 13 a hat der IEF den Sozialversicherungsträgern die durch Insolvenzen entgangenen Dienstnehmer-Beitragsanteile zu ersetzen.
- Nach § 13 b hat der IEF der BUAK die durch Insolvenzen entgangenen Arbeitgeber-Zuschläge nach dem BUAG zu ersetzen.

- Nach § 13c hat der IEF die Kosten der Vertretung eines Antragsberechtigten zu tragen, wenn dieser von einem bevorrechtigten Gläubigerschutzverband vertreten wird (hier wird ein Pauschalbetrag verrechnet).
- Nach § 13 d hat der IEF die durch Insolvenz entgangenen Arbeitgeber-Beiträge nach dem BMSVG zu tragen.
- Nach § 13e hat der IEF Beiträge zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher zu leisten. § 13e IESG regelt, „(1) (...) dass der Insolvenz-Entgelt-Fonds dem Bund jährlich zum Zweck der besonderen Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher mittels Gewährung von Beihilfen gemäß § 19c des Berufsausbildungsgesetzes (BAG), BGBl. Nr. 142/1969, durch die Lehrlingsstellen (§ 19 BAG) Mittel im Ausmaß der bei einem Zuschlag in der Höhe von 0,2 vH erzielten jährlichen Einnahmen aus den Zuschlägen zur Verfügung zu stellen hat. Darüber hinaus kann der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz den Insolvenz-Entgelt-Fonds anweisen, für diesen Zweck weitere Mittel aus vorhandenem Finanzvermögen zur Verfügung zu stellen.
(2) Der Insolvenz-Entgelt-Fonds hat dem Bund zur anteiligen Bedeckung der zum Zwecke der besonderen Förderung der Beschäftigung von Lehrlingen gewährten Lehrlingsausbildungsprämie gemäß § 108f EStG 1988 im Jahr 2010 Mittel in Höhe von EUR Mio. 29,75 zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sind auf die zum Zweck der besonderen Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher zur Verfügung gestellten Mittel betragsmindernd anzurechnen.“
- Nach § 7 EinhVO iVm § 5 AMPFG ist für die Einhebung des IESG-Zuschlages eine Einhebungsvergütung (EV) an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger zu leisten.

In der gegenständlichen Frage sind offenbar die Mittel iSd § 13e ISEG gemeint, auf die im Folgenden Bezug genommen wird.

Jahr	Lehrlingsausbildungsprämie in Mio €	Zukunftsförderung Lehrlinge in Mio €	JUST Aufleb Stiftung in Mio €
2006	124,88		
2007	171,66		
2008	113,75	5,14	
2009	62,75	67,60	3,0
2010	29,75	163,25	
Bis 5/2011		78,50	

Frage 13:

Die Einnahmen aus den Zuschlägen fließen dem IEF zu, nicht der IEF-Service GmbH. Zur Besorgung der Geschäfte des IEF und zur Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet der Insolvenz-Entgeltsicherung wurde 2001 die IAF-Service GmbH (seit 1. Juli 2008 IEF-Service GmbH) gegründet. Diese Gesellschaft hat nach § 3 des IEF-Service-GmbH-Gesetzes (IEFG) sowohl die hoheitlichen als auch die privatrechtlichen Angelegenheiten des IEF wahrzunehmen. Nach § 4 des IEFG ist der IEF verpflichtet, den der GmbH aus dieser Betriebspflicht entstehenden Aufwand im Voraus zu tragen.

Die Frage 13 ist daher offenbar so zu verstehen, welche Mittel aus dem IESG-Zuschlag (Zuschlag zum AIV-Beitrag nach § 12 Abs 1 Z 4 IESG) dem IEF in den Jahren 2006 bis 2010 zugeflossen sind:

Jahr	Zuschlagseinnahmen in Mio. €	Bei einem Zuschlagssatz von:
2006	456,54	0,7%
2007	484,67	0,7%
2008	418,21	0,55%
2009	406,49	0,55%
2010	415,11	0,55%

Frage 14:

Auch hier sind offenbar die Gesamteinnahmen des IEF gemeint und nicht die der IEF-Service GmbH. Haupteinnahmequelle des IEF sind die Einnahmen aus den IESG-Zuschlägen (siehe dazu unter Punkt 10).

Weitere Einnahmequellen des IEF sind

- Rückflüsse: Der IEF erhält aus den Insolvenzverfahren Quoten und im nachgelagerten Forderungsmanagement werden die ex lege übergegangenen Forderungen betrieben und unter Ausschöpfung der gegebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einbringlich gemacht.
- Zinsen aus dem Geldverkehr bzw. aus Veranlagungen.

Jahr	Rückflüsse in Mio. €	Zinsen in Mio. €
2006	32,80	1,36
2007	34,91	3,52
2008	32,91	5,97
2009	28,54	2,09
2010	28,66	0,06

Frage 15:

In der Gebarung der IEF-Service GmbH kann kein Überschuss entstehen, da nach § 4 des IEFG der IEF verpflichtet ist, den der GmbH aus dieser Betriebspflicht entstehenden Aufwand im Voraus zu tragen. Offenbar ist aber die Frage 15 ohnehin so zu verstehen, dass nach dem Überschuss des IEF gefragt wird:

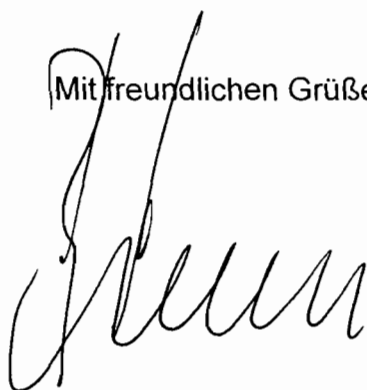
Jahr	Überschuss der Einnahmen des IEF über den Ausgaben ²
2006	18,69
2007	41,02
2008	27,38

In den Jahren 2009 und 2010 hat der IEF keinen Überschuss erzielt.

Beilagen:

Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Frage 3)

Mit freundlichen Grüßen



² in Mio € jeweils per 31.12.

2006: Detail zu Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Bundesland)

Forderungsart	GS Wien (Wien)	GS Eisenstadt (Bgl. / südt. NÖ)	GS St. Pölten (restl. NÖ)	GS Linz/GS Ried (OÖ)	GS Salzburg (Salzburg)	GS Graz (Steiermark)	GS Klagenfurt (Kärnten)	GS Innsbruck (Tirol/Vibg.)	Gesamt
Masseforderung	2.268.185,00	726.236,00	977.063,00	757.160,00	123.393,00	115.187,00	87.231,00	441.095,00	5.495.550,00
Konkursforderung	56.173.663,06	17.893.907,02	30.969.866,00	35.389.825,00	16.100.152,00	27.526.748,00	9.336.852,00	17.539.878,00	210.930.891,08
Bev. Forderung	2.134,00	0,00	968,00	0,00	0,00	0,00	0,00	385,00	3.487,00
Ausgleichsforderung	1.345.629,99	837.976,00	421.102,00	1.669.946,00	42.362,00	101.248,00	0,00	216.505,00	4.634.768,99
Forderungen o. Rang	7.972.192,57	1.716.669,51	1.269.960,09	3.113.725,13	1.729.528,00	1.754.369,49	1.711.744,32	2.774.621,47	22.042.810,58
Summe	67.761.804,62	21.174.788,53	33.638.959,09	40.930.656,13	17.995.435,00	29.497.552,49	11.135.827,32	20.972.484,47	243.107.507,65

2007: Detail zu Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Bundesland)

Forderungsart	GS Wien (Wien)	GS Eisenstadt (Bgld. / südl. NÖ)	GS St. Pölten (residl. NÖ)	GS Linz/GS Ried (OÖ)	GS Salzburg (Salzburg)	GS Graz (Steiermark)	GS Klagenfurt (Kärnten)	GS Innsbruck (Tirol/Vibg.)	Gesamt
Masseforderung	1.693.130,98	389.566,00	432.534,00	553.602,00	165.340,00	92.881,00	94.125,00	987.054,00	4.408.232,98
Konkursforderung	45.631.653,98	18.727.368,00	20.944.203,00	34.502.845,46	7.153.932,00	20.048.512,00	13.578.176,00	21.108.641,00	181.695.331,44
Bev. Forderung	12.196,00	0,00	-1.133,00	407,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.470,00
Ausgleichsforderung	2.554.685,51	797.099,00	330.856,00	170.344,00	0,00	237.579,00	97.686,00	126.726,00	4.314.975,51
Forderungen o. Rang	6.616.688,17	1.072.001,60	729.584,00	1.921.687,46	1.380.040,00	1.986.664,48	1.153.971,15	2.619.720,60	17.480.357,46
Summe	56.508.354,64	20.986.034,60	22.436.044,00	37.148.885,92	8.699.312,00	22.365.636,48	14.923.958,15	24.842.141,60	207.910.367,39

2008: Detail zu Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Bundesland)

Forderungsart	GS Wien (Wien)	GS Eisenstadt (Bgld. / südl. NÖ)	GS St. Pölten (restl. NÖ)	GS Linz/GS Ried (OÖ)	GS Salzburg (Salzburg)	GS Graz (Steiermark)	GS Klagenfurt (Kärnten)	GS Innsbruck (Tirol/Vlb.)	Gesamt
Masseforderung	2.153.855,00	353.278,00	1.206.865,00	303.212,00	104.799,00	73.707,00	113.048,00	1.181.386,00	5.490.150,00
Konkursforderung	38.826.452,00	25.887.617,00	23.126.956,00	26.841.532,13	8.540.133,00	23.448.547,00	8.346.250,03	24.974.465,00	179.991.952,16
Bev. Forderung	253,00	-	-	-	-	-	-	-	253,00
Ausgleichsforderung	824.044,00	1.185.925,00	229.621,00	211.313,00	-	128.501,00	214.498,00	109.636,00	2.903.538,00
Forderungen o. Rang	5.368.255,44	979.651,00	1.209.829,49	6.008.813,00	1.392.456,00	1.598.544,30	960.568,95	2.025.501,20	19.543.619,38
Summe	47.172.859,44	28.406.471,00	25.773.271,49	33.364.870,13	10.037.388,00	25.249.299,30	9.634.364,98	28.290.988,20	207.929.512,54

2009: Detail zu Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Bundesland)

Forderungsart	GS Wien (Wien)	GS Eisenstadt (Bgld. / südl. NÖ)	GS St. Pölten (restl. NÖ)	GS Linz/GS Ried (OÖ)	GS Salzburg (Salzburg)	GS Graz (Steiermark)	GS Klagenfurt (Kärnten)	GS Innsbruck (Tirol/Vlb.)	Gesamt
Masseforderung	2.010.937,00	367.005,00	746.898,00	640.093,00	160.335,00	106.200,00	216.694,00	783.054,00	5.031.216,00
Konkursforderung	53.677.059,00	22.683.214,00	34.188.704,00	51.901.990,00	9.861.124,00	34.236.881,00	20.788.931,00	21.170.049,00	248.507.952,00
Bev. Forderung	-90,00	-	1.872,00	-	-	-	-	2.967,00	4.749,00
Ausgleichsforderung	1.927.952,00	732.534,00	3.289.626,00	1.037.436,00	190.966,00	1.601.823,00	62.096,00	477.718,00	9.320.151,00
Forderungen o. Rang	4.701.307,44	889.233,00	1.081.191,00	2.293.590,46	1.094.998,00	1.715.187,00	1.084.864,66	1.746.796,00	14.607.167,56
Summe	62.317.165,44	24.671.986,00	39.308.291,00	55.873.109,46	11.307.423,00	37.660.091,00	22.152.585,66	24.180.584,00	277.471.235,56

2010: Detail zu Auszahlungen an Dienstnehmer/Geschäftsstelle (Bundesland)

Forderungsart	GS Wien (Wien)	GS Eisenstadt (Bgld. / südl. NÖ)	GS St. Pölten (restl. NÖ)	GS Linz/GS Ried (OÖ)	GS Salzburg (Salzburg)	GS Graz (Steiermark)	GS Klagenfurt (Kärnten)	GS Innsbruck (Tirol/Vibg.)	Gesamt
Masseforderung	3.508.906,00	306.133,00	485.121,00	807.239,00	180.147,00	133.605,00	290.423,00	488.849,00	6.200.423,00
Konkursforderung	41.659.370,02	14.910.273,00	14.837.118,00	47.543.999,00	8.422.646,00	36.890.875,00	10.964.587,00	10.902.259,00	186.131.127,02
Insolvenzforderung	8.267.144,00	4.860.608,00	4.113.735,00	12.380.698,00	1.100.216,00	6.986.735,00	6.070.145,00	6.121.497,00	49.900.778,00
Bev. Forderung	723,00	-	-	-	-	-	-	-	723,00
Ausgleichsforderung	1.782.559,00	6.913,00	49.080,00	60.537,00	1.745,00	4.886,00	14.254,00	265.465,00	2.185.439,00
Forderungen o. Rang	4.446.423,94	945.940,43	815.124,36	2.228.493,20	1.220.863,00	1.347.359,00	893.045,64	1.362.985,00	13.260.234,57
Summe	59.665.125,96	21.029.867,43	20.300.178,36	63.020.966,20	10.925.617,00	45.363.460,00	18.232.454,64	19.141.055,00	257.678.724,59